Beschlussvorlage

zur Vorberatung im **Verwaltungsausschuss**
zur Behandlung im **Gemeinderat**

Betreff: Ermächtigung der Stadtverwaltung zur Darlehensaufnahme

Bezug: Vorlage 48/2021

Anlagen:

Beschlussantrag:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Darlehen in Höhe von 10 Mio. Euro aus der noch nicht vollständig ausgeschöpften Kreditermächtigung aus dem Jahr 2024 für die Universitätsstadt Tübingen aufzunehmen.
2. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, im Rahmen der Kreditermächtigungen des Haushaltsplans 2025 und des Wirtschaftsplans 2025 des Eigenbetriebes Kommunalen Servicebetrieb (KST), Investitionsdarlehen bis zur genehmigten Höhe des Regierungspräsidiums Tübingen zu marktüblichen Konditionen im Zusammenhang mit dem wirtschaftlichsten Angebot aufzunehmen. Zusätzlich wird er ermächtigt, Darlehen im Haushaltsjahr 2025 umzuschulden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Hauptsatzung der Universitätsstadt Tübingen mit der nächsten Änderung entsprechend anzupassen.

Finanzielle Auswirkungen

Universitätsstadt Tübingen:

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird mit der Haushaltssatzung der Universitätsstadt Tübingen für das entsprechende Haushaltsjahr festgesetzt. Für das Haushaltsjahr 2025 beträgt die Kreditermächtigung 41 Mio. Euro.

Die Höhe der Kreditaufnahmen sowie die Zins- und Tilgungsverpflichtungen entsprechen somit dem Haushaltsplan. Kreditumschuldungen werden nicht in der Haushaltssatzung berücksichtigt.

Die genehmigte Kreditermächtigung aus dem Jahr 2024 beträgt 30 Mio. Euro, davon wurden 20 Mio. Euro im Jahr 2024 aufgenommen, die noch vorhandene Kreditermächtigung i.H.v. 10 Mio. Euro soll im Jahr 2025 aufgenommen werden.

Eigenbetrieb Kommunalen Servicebetrieb (KST):

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird mit dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs KST für das entsprechende Wirtschaftsjahr festgesetzt, für das Wirtschaftsjahr 2025 beträgt diese 13.820.500 Euro. Die Höhe der Kreditaufnahmen sowie die Zins- und Tilgungsverpflichtungen entsprechen somit dem Wirtschaftsplan. Kreditumschuldungen werden nicht im Wirtschaftsplan berücksichtigt.

Begründung:

1. Anlass / Problemstellung

Der Fachbereich Finanzen verwaltet die aufgenommenen Kredite sowohl für die Kernverwaltung als auch für den Eigenbetrieb KST. Mit diesem Beschluss sollen die rechtlichen Voraussetzungen zum kurzfristigen Abschluss von Kreditverträgen geschaffen werden.

2. Sachstand

Durch den letzten Gemeinderatsbeschluss im Jahr 2021 mit der Vorlage 48/2021 wurde die Verwaltung ermächtigt, Kredite bis zu einer Höhe von 65 Mio. Euro unabhängig vom Haushaltsjahr aufzunehmen. Diese Gesamtsumme umfasste sowohl die Kreditaufnahme und -umschuldung der Universitätsstadt Tübingen als auch des Eigenbetriebes KST. Die Stadtverwaltung konnte dieses Kreditlimit von 65 Mio. Euro über mehrere Jahre, unabhängig von einem Haushaltsjahr, aufbrauchen. Diese genehmigte Kredithöhe ist nun aufgebraucht bzw. überschritten.

Das bisherige Vorgehen stellt eine doppelte Beschränkung desselben Vorgangs dar. Die Kreditermächtigung regelt ohnehin, bis zu welchem Betrag Kredite aufgenommen werden. Diese ist rechtsverbindlich. Eine zusätzliche Regelung, die ergänzend Summen von Kreditermächtigungen festlegt, erscheint entbehrlich, weil sie wirkungslos ist. In Zeiten, in denen auf kurzfristige Liquiditätsengpässe reagiert werden muss, hat sich die zusätzliche Schranke auch als unpraktikabel erwiesen. Das vorgegebene Kreditlimit, unabhängig vom Haushaltsjahr, schränkt die Handlungsfähigkeit ein, da das Kreditlimit wie im vorliegenden Fall unbeabsichtigt überschritten werden kann und muss, damit die Stadt bzw. die KST ausreichend

liquide sind. Um zukünftig eine flexible und schnelle Kreditaufnahme entsprechend des Liquiditätsbedarfs und der wirtschaftlichen Gesamtsituation gewährleisten zu können, sollte dieses Verfahren umgestellt werden. Durch die Umstellung würden sowohl die Stadtverwaltung als auch der Gemeinderat entlastet werden.

3. Vorschlag der Verwaltung

Der Oberbürgermeister erhält die Ermächtigung, Darlehen in Höhe der Haushaltssatzung bzw. des Wirtschaftsplans, welche jährlich vom Gemeinderat beschlossen werden, entsprechend der Genehmigung vom Regierungspräsidium Tübingen aufzunehmen. Die Höhe der Ermächtigung entspricht der geplanten Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung bzw. des Wirtschaftsplans sowie der noch vorhandenen Kreditermächtigungen aus dem Vorjahr und dem Vorvorjahr.

Im Rahmen der nächsten Änderung der Hauptsatzung wird diese entsprechend um einen Passus ergänzt, wonach der Oberbürgermeister Darlehen bis zu dem in der Haushaltssatzung ausgewiesenen und vom Regierungspräsidium genehmigten Gesamtbetrags aufnehmen darf.

Für die Betriebssatzung der KST wird ein analoges Vorgehen wie bei der Hauptsatzung der Universitätsstadt Tübingen angestrebt. Wie die Umsetzung stattfindet, wird aktuell noch geprüft.

4. Lösungsvarianten

Die Verwaltung bleibt beim bisherigen Verfahren.